

04.02.1944 – 70. Todestag von Hansheinrich Kummerow (geb. 27.03.1903), Ingenieur und Mitglied der „Roten Kapelle“, in Halle (Saale) hingerichtet

06.02.1919 – vor 95 Jahren wurde die verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung in Weimar eröffnet

12.02.1814 – 200. Geburtstag von Jenny Marx, geb. in Salzwedel (gest. 02.12.1881)

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

02. Ausgabe / 24. Jahrgang

Für Halle

04. Februar 2014

Halle - Stadt des sozialen Ausgleichs - das ist unser Anspruch

Auf unserer Gesamtmitgliederversammlung am 1. Februar wurde der Entwurf des Kommunalwahlprogramms vorgestellt und diskutiert. In seiner Einbringungsrede ging Swen Knöchel, Stadtvorsitzender der Partei DIE LINKE, auf die Erarbeitung des Entwurfs ein und erläuterte die einzelnen Themen sehr umfangreich. Ziel der Veranstaltung war, sich über die Inhalte zu verständigen und dann die sprachliche Form bis zum 1. März 2014 in Einklang zu bringen. Die vielen eingebrachten Änderungsanträge wurden einzeln und in teilweise kontroverser Diskussion abgestimmt. Sie werden nun durch die Antrags- und Redaktionskommission in den Entwurf eingearbeitet, der mit 16 Seiten nicht länger ist als unser letztes Kommunalwahlprogramm und dann am 1. März als Arbeitsauftrag für diejenigen beschlossen werden soll, die uns im Stadtrat vertreten werden.

Die Aufgabe aller Genossinnen und Genossen im Wahlkampf ist es dann, die Botschaften aus unserem Kommunalwahlprogramm den Wählerinnen und Wählern nahezubringen. D.B.



Bilder: Linkes Blatt



Sofortinformation von der 5. Sitzung des Landesvorstandes am 28. Januar 2014

Im Tagesordnungspunkt **Aktuelles** informierte Birke Bull zunächst aus der Landtagsfraktion. Nach der Ankündigung des Parlamentarischen Geschäftsführers, Dr. Frank Thiel, seine Funktion zum 1. Februar niederzulegen, wird in den nächsten Tagen eine Entscheidung zu seiner Nachfolge fallen. Für Juni 2014 war ohnehin die Neuwahl des Fraktionsvorstandes geplant. Mit seinem vorzeitigen Rückzug will Frank Thiel ein kontinuierliches Wirken der Parlamentarischen Geschäftsführung in der Arbeitsgruppe Parlamentsreform ermöglichen, die sich gerade konstituiert hat und ihre Tätigkeit bis zum Jahresende fortführen wird. Zu den aktuellen politischen Vorhaben der Landtagsfraktion gehört die öffentliche Auseinandersetzung zum Umgang mit Homophobie. Die Linksfraktion hat dazu für die nächste Landtagssitzung eine **Aktuelle Debatte** beantragt. Das Thema steht auch deshalb im Fokus, weil nach jüngsten Recherchen des TV-Magazins "Fakt" führende Vertreter der CDU in Sachsen-Anhalt Mitglieder im Kuratorium eines Vereins sind, der Seminare anbietet, in denen Homosexualität als psychische Krankheit behandelt wird.

Als Erfolg wertete der Landesvorstand die Aktivitäten des Bündnisses **#BlockMD** am 18. Januar. Dem breiten Interesse daran, die Meile der Demokratie auszubauen, war mit den zusätzlichen Meilensteinen – Orten, an denen die Möglichkeit bestand, den Aufmarsch der Neonazis friedlich zu blockieren – Rechnung getragen worden. Es ist gelungen, den Aufmarsch der Neonazis um mehr als drei Stunden zu verzögern und ihre Logistik zu stören. Kritikwürdig bleibt das Agieren der Polizei, die nicht die Chance genutzt hat, Demonstrationen der Rechtsextremisten zu verhindern, und ihnen stattdessen die Möglichkeit gab, Gedenkmarsch und Kundgebung an andere Plätze zu verlegen. Der Landesvorstand bedankte sich ausdrücklich bei allen, die sich im Vorfeld und am 18. Januar selbst für die Meile der Demokratie, die Meilensteine und den Protest gegen die Neonazis engagiert haben.

In einer kurzen Auswertung tauschte sich der Landesvorstand zur gemeinsamen **Klausur von Landesvorstand und Landtagsfraktion** am vergangenen Wochenende in Halle aus. Dort hat am ersten Tag die Europapolitik im Mittelpunkt gestanden. Als Gäste begrüßt wurden unsere Europaabgeordneten Cornelia Ernst, Martina Michels und Helmut Scholz, die gemeinsam mit den zuständigen Landtagsabgeordneten Henriette Quade, Harry Czeke und Gudrun Tiedge interessante Diskussionsgrundlagen zu den Themen Migrations- und Flüchtlingspolitik, europäische Sozialpolitik und Demokratieentwicklung in Europa legten. Am zweiten Tag regten Jürgen Dannenberg, Frank Thiel und Swen Knöchel mit ihren Ausführungen zu kommunalen Leitbildern als Fundament linker Kommunalpolitik zu intensiven Debatten an.

Monika Hohmann und Frank Hoffmann wurden mit hundertprozentiger Zustimmung für die Kalenderjahre 2014/2015 als **Vertreter des Landesvorstandes im Landesausschuss** gewählt.

In Vorbereitung auf den Europaparteitag Mitte Februar in Hamburg befasste sich der Landesvorstand mit einem **Änderungsantrag zur Präambel des Europawahlprogrammwerfes**. Dabei handelt es sich um eine Neuformulierung, also eine alternative Präambel, die der Landesvorstand für sehr unterstützenswert hält. Bei einer Endhaltung stimmte er dafür, als Miteinreicher zu fungieren.

Zur Kenntnis nahm der Landesvorstand die Information, dass mit der Benennung von Peter Joseph und Monika Krüger der Aufforderung des Wahlleiters des Landes Sachsen-Anhalt gefolgt wird, vom Vorschlagsrecht für die **Berufung eines Beisitzers** und für dessen Stellvertretung in den Landeswahlausschuss Gebrauch zu machen.

Mit einem entsprechenden Beschluss bestimmte der Landesvorstand die personelle **Zusammensetzung des Landeswahlbüros** sowie dessen Aufgaben für die Europa- und Kommunalwahlen 2014 und die Landtagswahlen 2016.

Schließlich stand auf der Tagesordnung die Auswertung der **Kreistour 2013**. Hier bleibt festzuhalten, dass die Tour sehr gut angenommen wurde, es viele anregende Diskussionen gab, in denen nicht nur Probleme ganz klar angesprochen, sondern auch etliche gute Vorschläge gemacht und Ideen geäußert worden sind. Dafür allen Beteiligten ein herzliches Dankeschön!

Aus der letzten Stadtratssitzung am 29.01.2014

Eine sehr lange Tagesordnung musste abgearbeitet, über brisante aktuelle Themen Beschlüsse gefasst werden!

Unspektakulär gingen die Vorlagen wie z.B. der Bebauungsplan Nr. 105 „Gartenstadt Nietleben“, der Bebauungsplan zum Klinikum Kröllwitz, der Baubeschluss zur Teilsanierung der Grundschule Frohe Zukunft Standort Dessauer Straße, die Prioritätenliste Investitionen in Kindertageseinrichtungen, die Satzung zur Auflösung des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement (EB ZGM) und die Änderung des Flächennutzungsplanes zur Erweiterung der Justizvollzugsanstalt Halle, Dessauer Straße „über die Bühne“ des Stadtrates. Auch unsere Fraktion konnte all diesen Vorlagen zustimmen.

Anders bei der Abstimmung zur Erhaltungssatzung Nr. 55 Gartenstadt Gesundbrunnen. Bodo Meerheim sprach für unsere Fraktion in der Diskussion dazu und stellte fest, dass der „Frust der Bürger zwar verständlich sei“, aber auch bei einer Aufhebung der Satzung sind nicht alle Probleme weg! Man muss wissen, dass die Erhaltungssatzung regelt, die Gestalt des Gebietes zu erhalten. Eine große Anzahl von Eigentümern der „Scholle-Häuser“ hat in den vergangenen Jahren Parkplätze vor ihren Hauseingängen, in den Vorgärten errichtet. Nach der Erhaltungssatzung wäre das nicht erlaubt! Konflikte schwelten seit längerem dazu, denn nach der Satzung drohten den Eigentümern Strafzahlungen ggf. auch Rückbau der Baumaßnahmen. Die meisten Wohnungseigentumsbesitzer erklärten, diese Satzung nicht zu kennen. Um die Konflikte zu klären, lud der OB vor geraumer Zeit zu einer Bürgerversammlung ein, die letztlich mit dem Ergebnis endete, dass er sich im Stadtrat dafür einsetzen

werde, die Satzung aufzuheben.

Die Mehrheit des Stadtrates hat aber den Antrag der SPD-Fraktion – so wie wir auch – unterstützt, der die Satzung zwar letztlich aufheben soll, aber in einem „geordneten“ Verfahren. Das beinhaltet auch zu prüfen, ob es ggf. zu Rückzahlungen von Fördermitteln (die Zahlung von Fördermitteln war u.a. auch ein Grund für die Erstellung der Satzung!) kommen könnte. Geprüft werden könne so jetzt auch, ob die vorhandenen Parkplätze Mindestgrößen für Parkplätze aufweisen etc.

Die Mehrheit der Stadträte hat auch der Vorlage zur Beantragung von Städtebaufördermitteln für das Jahr 2014 zugestimmt.

Bestandteil dieser Förderung war der sogenannte „Rodelberg“ für die Silberhöhe. Er hat die Gemüter bewegt! Zur Aufklärung sei bemerkt, dass sich hinter dem Projekt „Rodelberg“ sehr viel mehr versteckt! Es geht um die Erneuerung von Wegebeziehungen, der Ertüchtigung des Anhalterplatzes innerhalb des Konzeptes der Waldstadt! Und es ist ein Projekt, welches innerhalb des Forums Silberhöhe diskutiert wurde und insbesondere für Familien und deren Kinder als Sport- und Freizeitmöglichkeit gesehen wird. Alle Fraktionen fanden Argumente gegen den Antrag der FDP, diesen „Rodelberg“ „als das letzte, was man benötigt“ vorzugehen. Eine Mehrheit stimmte für die Beantragung von Fördermitteln für dieses Projekt! Ob es nun auch vom Land so bestätigt wird, werden wir sehen!

Für nochmalige Diskussion sorgte die Vorlage zur Schulentwicklungsplanung für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19. Durch einen Änderungsantrag mehrerer Fraktionen (auch der LINKEN) konnte die Schließung von einigen Grundschulen (z. B. der Borchert-Schule) ver-

hindert werden. Auch der ursprüngliche Passus, keine Schüler mehr aus dem Saalekreis aufzunehmen, wurde gestrichen.

Die Anträge unserer Fraktion zur „Einführung einer turnusmäßigen, projektorientierten Berichterstattung bei Bauprojekten“ und zum „Kooperationsvertrag Volkshochschulen“ wurden angenommen. Die Anträge zur „Benennung einer Straße, eines Parks oder eines Platzes nach Nelson Mandela“, zur Änderung der Hauptsatzung (nur noch vier Beigeordnete!) und Nutzung von E-Bikes wurden zur weiteren Beratung in die Ausschüsse verwiesen.

Unterstützt haben wir den Antrag der CDU, der fordert, das Mitteldeutsche Multimediazentrum wieder aufzubauen. Wir haben mit einem Änderungsantrag noch dazu eingefordert, das Leistungsprofil Kinotonmischung unverzüglich unter Mitwirkung der Nutzer wieder einzurichten.

Rudenz Schramm kritisierte, dass die Verwaltung zu wenig auf die Vorschläge der Mieter eingegangen wäre. Der Antrag sowie der Änderungsantrag wurden in die Fachausschüsse verwiesen.

Gemeinsam mit der Fraktion MitBÜRGER für Halle/NEUES FORUM stellten wir den Dringlichkeitsantrag für die Einberufung einer Sondersitzung des Stadtrates. Hintergrund dafür ist, dass Verhandlungen zwischen dem OB und Vertretern des Landes Sachsen-Anhalt für den 17. Februar geplant sind. Wir wollen mit dem Antrag erreichen, dass das Struktur-Zielkonzept vor diesem Termin als Verhandlungsauftrag im Stadtrat verabschiedet wird. Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen. Die Sondersitzung findet voraussichtlich am 12.02.2014 statt

Ute Haupt, Stadträtin

Buchtipps

Erwin Strittmatter und der böse Krieg

Das Buch mit dem Titel „Erwin Strittmatter und die SS“, in dem wichtige neue Erkenntnisse veröffentlicht werden, ist eine biografische „Tiefenbohrung“.

Es beantwortet die Frage: War Erwin Strittmatter in der SS? Dabei setzt sich der Autor Joachim Jahns auch mit Publikationen zur Militärbiografie des ostdeutschen Volksschriftstellers Erwin Strittmatter („Der Wundertäter“, „Der Laden“) auseinander, die umstritten sind.

In der Sonderausgabe „Erwin Strittmatter und der böse Krieg“ spürt Joachim Jahns dem Verhältnis Erwin Strittmatters zu dem nationalsozialistischen Wirtschaftsmanager und SS-Führer Dr. Walther Schieber nach, der ihn für die Waffen-SS gewinnen und zum Nazi-Dichter aufbauen wollte.

Im Zusammenhang mit Strittmatters Militärbiografie analysiert der Autor unter anderem Erwin Strittmatters frühe Erzählung „Der entminte Acker“, in welcher sich der Dichter erstmals mit seinen Kriegserlebnissen, die in ihm traumatisch fortwirkten, literarisch auseinandergesetzt hatte.

Am Mittwoch, dem 19. Februar, 19.30 Uhr, stellt Joachim Jahns seine Veröffentlichungen „Erwin Strittmatter und die SS“ und „Erwin Strittmatter und der böse Krieg“ in der Stadtbibliothek in Halle in der Salzgrafenstr. 2, vor.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt lädt sie recht herzlich zu dieser Buchlesung ein.

Joachim Jahns veröffentlichte als Verleger des Dingsda-Verlages seit 1990 wichtige Bücher von An-

neliese Probst, Lisl Urban, Sahra Wagenknecht, Gerhard Zwerenz, Rudolf Scholz, Erik Neutsch, Hermann Größler, Reinhold Andert und Günter Behm-Blancke.

Ab 2007 recherchierte er zur Geschichte des Warschauer Ghettos, um einer gerichtlichen Klage eines ehemaligen SS-Hauptsturmführers zu widerstehen. Durch seine umfangreichen Nachforschungen trug er entscheidend dazu bei, dass es nicht zum Verbot der Autobiografie „Ein ganz gewöhnliches Leben“ von Lisl Urbankam. Joachim Jahns ist Autor des Buches „Der Warschauer Ghettokönig“.

Historisches Heft Nr. 27 zum Künstlerhaus 188

Der Stadtrat von Halle hat mit knapper Mehrheit den Abriss der ehemaligen Weingärtenschule beschlossen.

Kaum ein Stadtteil hat sein Gesicht in den letzten 50 Jahren so stark verändert wie Glaucha. Zunächst verschwand der historische gewachsene Kern nahezu vollständig. Zurück blieben die geschlossenen Gründerzeitviertel und große leere Brachen zwischen Steg und dereinstigen Freyberg-Brauerei. Andererseits erfuhr das Viertel in den letzten Jahren im Rahmen der IBA 2010 durch zahlreiche Sanierungen eine erhebliche Aufwertung und ist auf dem besten Wege, sein Image als heruntergekommenes Proletarierviertel abzuliegen. Im Zuge der Modernisierung von Verkehrswegen entlang der Straßenbahntrasse droht nun

jedoch ein weiterer schwerwiegender Verlust der historischen Bebauung. Die ehemalige Weingärterschule, das heutige Künstlerhaus 188, ist akut gefährdet. Hier wird der Bau als markantes Beispiel des Schulbaus Ende des 19. Jahrhunderts gewürdigt.

Zur Geschichte des Hauses und zum geschundenen Stadtviertel Glaucha mit einem Prolog von Wolf Biermann

Mit vielen historischen und aktuellen Abbildungen.

Dieter Dolgner, Hans-Christian Riecken, Simone Trieder „Für immer Ferien? - Das Künstlerhaus 188 - 120 Jahre Weingärterschule“, Hasenverlag, ISBN: 978-3-939468-94-3, Preis: 8.90 Euro.

„Sei schlau, geh in den Bau“

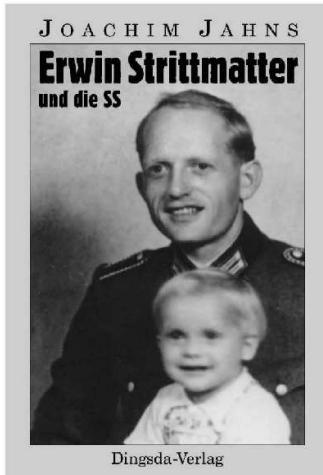
Was halten Sie von einer Tarifrunde Korruption? Würden Sie beim „Rundum-Sorglos-Paket“-Angebot des Verfassungsschutzes zugreifen? Oder den Jahrestag der Erfindung des Burnouts feiern? So etwas gibt es nicht? Dann lesen Sie bei Thomas Wieczorek nach. Sie werden sehen, dass es bestenfalls eine Frage der Zeit ist, bis diese und andere nützliche Dinge Alltag werden – ganz im Sinne der Verbesserung des gesellschaftlichen Klimas.

Thomas Wieczorek „Sei schlau, geh in den Bau - Was wirklich läuft im Land“, Eulenspiegel Verlag, 144 Seiten, 12,0 x 19,0 cm, broschürt, ISBN 978-3-359-02397-5, Preis: 9,99 Euro.

Diese Titel können über den Verlag & Verlagsservice, Fa. Schneidewind, Germarstr. 6, 06112 Halle, Email: kontakt@verlag-schneidewind.de bestellt werden.

AUTORENLESUNG

VERANSTALTUNG DER **RLS SACHSEN-ANHALT**
IN KOOPERATION MIT **DER STADTBIBLIOTHEK HALLE**



ERWIN STRITTMATTER UND DIE WAFFEN-SS

AM
19. FEBR.
UM
19.30 UHR

BUCHLESUNG VON UND MIT
JOACHIM JAHNS

ORT
STADTBIBLIOTHEK HALLE
SALZGRAFENSTR. 2 IN 06108 HALLE

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG SACHSEN-ANHALT



PREISSKAT in Halle
am Freitag, dem
21. Februar 2014

Beginn: 14:00 Uhr Ende: gegen 18:00 Uhr
Begegnungsstätte der Volkssolidarität Saaleufer, Böllberger Weg 150, Anfahrt mit der Straßenbahn, Linien 1 und 6, sowie Buslinie 26, Haltestellen sind Diesterwegstraße oder Passendorfer Weg. Der Einsatz beträgt 5,00 Euro. Jeder erhält einen Preis. Gespielt werden 2 Runden: 36 Spiele am Vierertisch und 27 Spiele am Dreiertisch und nach der Skatordnung des Deutschen Skatverbandes e. V.
Die Auslosung erfolgt gegen 14:10 Uhr.

10. Februar 14 Uhr Gedenken an Karl Meseberg, anlässlich seines Geburtstages, Treffpunkt: Eingang Südfriedhof

19. Februar 17 Uhr Der Gesprächskreis Gesellschaftskonzeptionen trifft sich zur Diskussion: „DIE LINKE und die Europawahlen“, im Cafe-Bistro Tristan des mdr - Funkhauses.

Jugendwahl U18

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Kinder- und Jugendrat hat im Vorfeld der Bundestagswahl gemeinsam mit dem Stadtschülerrat verschiedene Aktionen und die Jugendwahl U18 durchgeführt.

Nun ist einige Zeit vergangen und die Bundesregierung hat ihre Arbeit aufgenommen. Was haben sich die regierenden Parteien vorgenommen? Was sagen die Parteien der Opposition dazu? Und vor allem: Was haben wir Kinder und Jugendlichen davon? Dazu möchten wir gern mit VertreterInnen der im Bundestag vertretenen Parteien diskutieren.

Am Samstag, dem 15.02.2014, findet deshalb im Postkult e. V., Böllberger Weg 5, von 16 – 18 Uhr die Veranstaltung „Grill den Politiker!“ statt, zu der wir 2-3 VertreterInnen Ihrer Partei herzlich einladen.

Bei Grillwürstchen und Winterpunsch wollen wir mit Ihnen ins Gespräch kommen. Eingeladen sind dazu, neben dem Kinder- und Jugendrat, dem Stadtschülerrat und Postkult, die Schüler, mit denen Sie bereits beim Speed-Dating am 06.09.13 im Gespräch waren.

Da unser Gastgeber der Verein Postkult e. V. ist, bitten wir, sozusagen als Eintritt, um eine Sachspende für den dort ansässigen Umsonstladen.

Infos dazu: http://www.postkult.de/?page_id=870

Auf eine interessante Diskussion freut sich Ihr Kinder- und Jugendrat Halle (Saale) offizielle Interessenvertretung der Kinder und Jugendlichen der Stadt

Schopenhauerstr. 4
06114 Halle (Saale)
Tel.: 0345/ 221 5746
kinder-jugendrat@halle.de
www.facebook.com/KJR.Halle

Nord-Syrien: Zwischen Krieg, Embargo und Basisdemokratie

Ein politischer Reisebericht von Jan van Aken

Anfang Januar 2014 konnte ich mit einer kleinen Delegation den überwiegend kurdisch bewohnten Nordosten Syriens besuchen. Dort hat sich inmitten des blutigen Bürgerkrieges eine demokratisch organisierte Selbstverwaltung gebildet, die von außen massiv bedroht wird: militärisch durch das Assad-Regime wie durch Dschihadisten, und ökonomisch durch ein striktes Embargo der Nachbarländer.

Es ist absurd, gerade für jemanden der Krieg und Waffen so sehr ablehnt wie ich. Aber von all den starken Eindrücken unserer Syrien-Reise drängt sich mir ein Bild immer wieder auf: Ein rosa Haarband. Eine junge Frau, inmitten Dutzend anderer kurdischer Männer und Frauen, stillgestanden, Kalaschnikow in der Hand, auf kurzem Fronturlaub, nur notdürftig militärisch ausgestattet, in privaten Turnschuhen, mit Jeans und eben diesem rosa Haarband.

Es zeigt, wie nahe sich Alltag und Krieg in diesem Land längst gekommen sind. Wozu der Krieg Menschen zwingt, die eigentlich etwas ganz anderes vorhaben mögen, nur um zumindest eine gewisse Sicherheit für sich und ihre Familien herzustellen. Die kurdischen Milizen sichern die überwiegend kurdisch bewohnten Gebiete im Norden Syriens, schaffen innerhalb eines Verteidigungsringes Inseln relativer Normalität für vier Millionen Menschen. Eine Frau erzählt, dass sie vor dem Krieg Hausfrau war, Mutter zweier Kinder. Jetzt verteidigt sie ihr Dorf mit der Waffe in der Hand gegen die Angriffe der Dschihadisten und der Assad-Truppen. Wer auch immer dabei an Revolutionsromantik und Spanischen Bürgerkrieg denken mag, der irrt. Das hier ist vor allem: ein Überlebenskampf.

Aber von vorn: Mitte 2012 vertreiben kurdische Milizen das Assad-Regime weitgehend aus den drei überwiegend kurdisch bewohnten Gebieten im Norden Syriens. Auf kurdisch heißt dieses Gebiet Rojava, Westkurdistan. Seitdem hat sich dort ein Selbstverwaltungssystem entwickelt, das in der Region seinesgleichen sucht und fast schon modellhaft für eine neues, freies, föderales Syrien sein könnte. Basisdemokratisch gewählte Komitees in den Dörfern und Städten sichern die Versorgung und die Verwaltung, über allem steht ein Hoher Kurdischer Rat mit VertreterInnen der meisten Parteien. Für Mai/Juni diesen Jahres sind Wahlen geplant. Eine 40% Frauenquote im neu zu wählenden Regionalparlament ist beschlossen. Auch für alle ethnischen Gruppen in der Region sind Mindestquoten vorgesehen, 10% für

KurdInnen, AraberInnen und AssyrerInnen, 5% für die kleineren Gruppen. Schon heute sind die verschiedenen Bevölkerungsgruppen an den Selbstverwaltungs-Komitees beteiligt. Ein Sprecher der christlichen Assyrer in Qamishli gibt dafür einen simplen Grund an: Die Kurden seien säkular und sie hätten die Christen bei der Verteidigung ihrer Dörfer gegen die Dschihadisten unterstützt.

Als wir im Januar versuchten, in die Region zu reisen, haben wir gleich zu Beginn eines der drängendsten Probleme der Region hautnah miterlebt: Ein striktes Embargo der Nachbarländer, die ihre Grenzen fast komplett geschlossen halten und selbst Hilfsgüter nur in wenigen Ausnahmefällen in den Norden Syriens lassen.

Embargo

In einem Anflug grober Naivität hatten wir zunächst gehofft, dass die Kurden im Nord-Irak uns über die gemeinsame Grenze mit dem kurdischen Gebiet in Nord-Syrien ausreisen lassen würden. Daraus wurde nichts, denn die autonome kurdisch-irakische Regionalregierung unter Masud Barzani verweigert der kurdisch-syrischen Bevölkerung jegliche Hilfe und macht die Grenze dicht, für Hilfslieferungen sowieso, aber auch für den ganz normalen Handel und für diplomatische Besuche. Über die Gründe kann nur spekuliert werden, wahrscheinlich aber steht dahinter der Druck der Türkei, dem wichtigsten Wirtschaftspartner Barzanis.

Dazu kommt, dass viele Regierungen in der Region die Entwicklung im Norden Syriens mit großem Missfallen betrachten: Basisdemokratie, Frauenemanzipation und Religionsfreiheit verstehen sie als Angriff auf ihre eigene Machtstruktur. Solche revolutionären Ideen könnten ja auch auf die eigene Bevölkerung abfärben...

Auch die türkische Regierung hält die Grenzen fest verschlossen. Sie versucht, dieses Experiment in kurdischer Selbstverwaltung durch ein striktes Embargo in die Knie zu zwingen – wohl auch, weil eine treibende Kraft im Norden Syriens die „Partei der Demokratischen Union“ (PYD) ist, eine Partei, die aus Sicht der Türkei zu viel Nähe zur PKK hat.

Versorgungslage

Angesichts des Embargos haben die Menschen in Nord-Syrien noch Glück im Unglück: Hier liegt die Kornkammer Syriens, auch im letzten Jahr gab es trotz des Krieges eine ausreichende Ernte. Und 60% der

syrischen Ölreserven liegen in der Region. Wegen des Embargos kann kein Öl exportiert werden, aber in selbstgebauten Raffinerien lässt sich wenigstens Heizöl und Benzin für den Eigenbedarf gewinnen. Allerdings in schlechter Qualität, viele Autos können damit nicht fahren und sind auf Schmuggelbenzin angewiesen, aber es reicht. Das Straßenbild in der Hauptstadt Qamishli erscheint fast normal, viele Läden haben geöffnet (viele allerdings auch nicht), die Kinder gehen zur Schule. Eine Nacht schlafen wir bei einer wohlhabenden Bauernfamilie, sie gibt uns einen kleinen Einblick in ihren Alltag: Die Selbstverwaltungskomitees sorgen dafür, dass sie ausreichend Treibstoff für ihre Maschinen haben, damit die Ernte sichergestellt ist. Einige Ladenpreise haben sich gegenüber der Vorkriegszeit verzehnfacht, zum Beispiel für Tomaten. Aber Grundnahrungsmittel und Heizöl werden sehr viel billiger als früher angeboten. Und sie als Bauern haben jetzt sogar ein besseres Einkommen als früher, eben weil aufgrund des Embargos einige Preise gestiegen sind.

Problematisch könnte die Ernährungssituation allerdings bereits in diesem Jahr werden. Es gibt zwar fruchtbare Äcker, landwirtschaftliche Maschinen und genügend Bauern. Aber alles hier ist auf eine großflächige, industrielle Landwirtschaft ausgelegt – und dafür fehlt es zum Beispiel an Düngemitteln. Die Selbstverwaltung hat zwar bereits Dünger im Ausland gekauft, bislang ist es aufgrund des Embargos aber nicht möglich, ihn ins Land zu bekommen.

An einigen Dingen fehlt es sowieso. Zucker, Öl, Reis und Tee sind Mangelware. Und vor allem Medikamente. Wir besuchen eine Zweigstelle des kurdischen Roten Halbmondes, dem Gegenstück zum Roten Kreuz. Dort gibt es fast nur noch privat gespendete Medikamente, die irgendwie über die Grenze geschmuggelt und dann umsonst an die Bedürftigen in der Stadt gegen Rezept ausgegeben werden. Chronisch Kranke können kaum noch versorgt werden, die Pharmazetin beim Roten Halbmond sagte, dass die chronisch Nierenkranken Qamishlis entweder geflüchtet oder bereits gestorben sind.

Und das, obwohl die Türkei nur einen Katzensprung entfernt liegt. Wir sehen von Qamishli aus die Neubauten der türkischen Stadt Nusaybin, hinter einem Reisfeld und einer Mauer, die der türkische Staat gebaut hat. Der Grenzübergang ist geschlossen. „Das einzige, was die türkisch-syrische Grenze noch passieren darf, sind Waffen und Kämpfer für die Dschihadisten“, sagt einer unserer Gastgeber.

Durch das Embargo kommen kaum Hilfsorganisationen in die Region. Einzig die „Ärzte ohne Grenzen“ sind vor Ort, selbst die UN kann nicht direkt helfen und musste Hilfsgüter zu absurd hohen Preisen über eine Luftbrücke nach Qamishli fliegen.

Autonomie statt Sezession

Die Vertreibung des Assad-Regimes im Sommer 2012 wurde maßgeblich von der PYD organisiert, die als einzige politische Kraft dazu organisatorisch in der Lage war. Seitdem versucht sie, möglichst viele Menschen und Organisationen in das Selbstverwaltungssystem zu integrieren. Im Hohen Kurdischen Rat stellt die PYD die Hälfte der Mitglieder, die andere Hälfte kommt aus anderen Parteien, die fast das gesamte politische Spektrum Westkurdistans abdecken. In Irak-Kurdistan hörten wir immer wieder den Vorwurf der „Einparteien-Herrschaft“ in Nord-Syrien. Dieser Vorwurf kann aus zwei Gründen nicht richtig sein, denn einerseits ist der Hohe Kurdische Rat paritätisch besetzt und zum anderen sind Wahlen für dieses Frühjahr geplant. Die Sicherheitskräfte und Milizen werden zumindest formal vom Hohen Rat kontrolliert und nicht nur von einer Partei.

In jedem Gespräch wurde uns gegenüber immer wieder betont, dass das Ziel eine autonome kurdische Region innerhalb eines demokratischen, föderalen Syriens sei. Ob das nur taktisch begründet oder aus Überzeugung geschah, mag dahingestellt sein. Ganz praktisch allerdings agiert die Selbstverwaltung in genau diese Richtung. So hören wir, dass an den Schulen weiterhin auf arabisch unterrichtet wird, nur 10% des Unterrichtes werden jetzt zusätzlich auch auf kurdisch gegeben. Dem Assad-Regime gegenüber versucht der Hohe Rat eine Gratwanderung – einerseits wurde es vor Ort weitestgehend entwaffnet und entmachtet, andererseits wird der Flughafen von Qamishli als letzte Bastion des Assad-Regimes in der Region nicht angefasst. Man versucht, militärisch defensiv zu agieren, Angriffe von Assad oder Dschihadisten zwar abzuwehren, den Konflikt jedoch nicht selber weiter zu eskalieren und offensiv einzugreifen.

Niemand spricht sich offen für eine Sezession aus. Im Gegenteil: Die zentrale politische Forderung vor Ort ist die Beteiligung einer kurdischen Delegation an den Genfer Friedensgesprächen, mit folgendem Argument: „Wir Kurden sind ein Teil Syriens und müssen deshalb auch Teil der Lösung sein.“

Ständige Angriffe

„Diejenigen, die bislang das Assad-Regime bekämpft haben, kämpfen jetzt gegen uns,“ sagte der Sprecher

der kurdischen Milizen, der so genannten Volksverteidigungseinheiten (YPG) zu uns. Sie sind ständigen Angriffen sowohl durch Dschihadisten als auch durch Assad-Truppen ausgesetzt. Ganz aktuell befürchten sie eine neue Offensive vereinter islamistische Gruppierungen gegen die Region. Gruppen wie Al Nusra und ISIS mögen sich anderswo in Syrien gegenseitig blutig bekämpfen, für den Kampf gegen die YPG schließen sie sich jedoch zusammen.

Die YPG bestehen zum größten Teil aus Freiwilligen aus der Region, sie haben 35.000 aktive KämpferInnen, ein Drittel davon Frauen, sowie 10.000 ReservistInnen. Sie beschränken sich größtenteils darauf, die Außengrenzen gegen Angriffe zu verteidigen und gemeinsam mit den polizeilichen Sicherheitskräften das Eindringen von Attentätern in die Region zu verhindern. Eigene Geländegewinne sind nach ihren Aussagen nicht das Ziel, mit wenigen Ausnahmen. So wurde im Oktober der Grenzübergang Al Yaroubiah zum arabischen Teil des Irak hin erobert, weil die Islamisten von dort ihre Angriffe auf Rojava koordiniert hatten. (Über diese Grenze konnten wir dann letztlich einreisen, nach langen diplomatischen Verhandlungen mit Bagdad).

Kaum vorstellbar, aber tatsächlich kämpft Al Qaida in Syrien auch mit deutschen Waffen. Bei den Gefechten um Al Yaroubiah fielen der YPG unter anderem Reste einer deutsch-französischen Milan-Rakete in die Hände. Wir konnten die Raketenteile vor Ort untersuchen und die Seriennummern notieren. So lässt sich vielleicht herausfinden, auf welchem Wege diese Panzerabwehr-Raketen an die Dschihadisten gelangen konnten.

Deutschland muss handeln!

Die Bundesregierung sollte alles daran setzen, die Menschen im Norden Syriens zu unterstützen. Ganz dringend ist dabei die sofortige Aufhebung des Embargos, dafür sollte die Bundesregierung sowohl mit der irakisch-kurdischen Regionalregierung als auch mit Ankara in Gespräche eintreten. Während der Westen händeringend nach Dialogpartnern in Syrien sucht und mittlerweile nicht mal mehr weiß, wem er in diesem hungernden Land seine humanitären Hilfslieferungen anvertrauen soll, wischt er jede Kooperation mit der Selbstverwaltung in Nordsyrien mit dem schlichten Verweis auf die „PKK-Nähe“ weg. Hier gibt es eine

demokratische Struktur jenseits von Assad und Al Qaida, die auch in der Lage ist, eine Verteilung der Hilfsgüter zu organisieren. Hier sollte die Bundesregierung ansetzen, anstatt weiterhin jegliche Unterstützung für die vier Millionen Menschen in der Region zu blockieren. Auch die Wahlen sollten unbedingt unterstützt werden. Nur, wenn diese nach internationalen Standards durchgeführt und kontrolliert werden, erhält die damit gewählte provisorische Regionalregierung die notwendige Anerkennung und Autorität.

Die Menschen im Norden Syriens haben ihr Schicksal in die eigene Hand genommen – und das mitten im Krieg, unter ständigen militärischen Angriffen und trotz eines strikten Embargos. Und trotzdem versuchen sie unbeirrt, ein multiethnisches, säkulares, demokratisches System aufzubauen. Das verdient – bei allen Unzulänglichkeiten, die es sicherlich gibt und geben wird – unsere Anerkennung und Unterstützung.

Eines ist aber auch klar: Eine Friedenslösung wird es auch für den Norden nur dann geben, wenn es eine Friedenslösung für ganz Syrien gibt. Deshalb sind die Genfer Verhandlungen zentral wichtig, nur durch eine Beteiligung aller relevanten Gruppen und Staaten wird es eine Verhandlungslösung geben können. Natürlich sollten auch die KurdInnen und Kurden an den Genfer Gesprächen beteiligt werden, denn auch sie sind ein Teil Syriens. Und Deutschland muss – endlich – mehr dafür tun, dass die ständigen Waffenlieferungen aufhören. Solange immer neue Waffen geliefert werden und immer neue Kämpfer ungehindert nach Syrien reisen können, solange wird keine einzige Region Syriens wirklichen Frieden finden können.

Vortrag mit Diskussion

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG Sachsen-Anhalt e.V.

26.02.2014, Beginn 18:00 Uhr,

Kulturtreff Halle-Neustadt,

Am Stadion 6, 06122 Halle

1. Weltkrieg und die Linke

RLS REGIONALBÜRO Halle, Blumenstr. 16,

06108 Halle, TEL/Fax: 0345-2025594

email: gs-halle@rosaluxsa.de

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de

Swen Knöchel (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck

Erscheinungsweise: 14 - tägig

Auflage: 400 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:

30.01.2014

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 13.02.2014